



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/156

Hannover, 27. Dezember 1948

Ein dreissigster Geburtstag

von Friedrich Stampfer

In der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr wurde die Kommunistische Partei Deutschlands dreissig Jahre alt. Auf dem Weihnachtsparteitag von 1918 löste sich der Spartakusbund endgültig von der Sozialdemokratie und konstituierte sich als Kommunistische Partei. Vielleicht gibt es ein paar Starke im Glauben, die noch immer meinen, dass am Ende des damals beschrittenen Weges das Heil der Menschheit liegt - auch sie werden nicht bestreiten können, dass bisher auf ihm nichts anderes zu finden war als Unglück.

Für die Partei selbst war dieser Weg reich an Aufstiegen und Abstürzen, Wendungen und Windungen, und es ist schwer, keine Satire zu schreiben, wenn man sich des Wirrwarrs der einander widersprechenden Thesen, der Richtungskämpfe, der Führungskrisen und taktischen Manöver erinnert, die alle Seiten dieser dreissigjährigen Parteigeschichte füllen. In all diesem wunderlichen Durcheinander aber hat die Kommunistische Partei mit erstaunlicher Konsequenz an ihren grundlegenden Irrtümern festgehalten. Für sie ist "Klassenkampf" immer noch ein Kampf, der nicht anders geführt werden kann als mit der Hand an der Gurgel des Gegners. Noch immer sieht sie in denen, die an die Möglichkeit anderer Kampfformen glauben, Verräter an der Arbeiterklasse und womöglich "bezahlte Agenten des Kapitalismus und Imperialismus". Noch immer gibt es für sie keine andere Form einer sozialistischen Gesellschaft als den von ihnen despotisch beherrschten, allmächtigen Staat. Und noch immer sehen sie dieses ihr Ideal in der Sowjetunion verwirklicht, der sie infolgedessen bis zur Willenlosigkeit ergeben sind. Sie glauben, dass die Kapitalisten aller Länder miteinander verschworen sind, um das "Waterland des Sozialismus" zu überfallen und durch die Vernichtung des Sowjetystems dem Sozialismus selbst eine tödliche Niederlage beizubringen.

Alle diese Glaubensartikel stehen in Widerspruch zur Wirklichkeit. Dass Klassenkämpfe auch in zivilisierteren Formen geführt werden können, zeigt das Beispiel der angelsächsischen und der skandinavischen Länder, in denen es die Arbeiter zu einem viel höheren Lebensstandard gebracht haben als in den Ländern des "erbarmungslosen" Klassenkampfes. Keinem denkenden Arbeiter kann darum die Sowjetwelt als ein Ideal oder auch nur als

Etappe auf dem Weg zu einem Ideal erscheinen. Auf der anderen Seite aber gibt es schwerlich viele Kapitalisten, die dumm genug sind zu glauben, man könnte den Sozialismus dadurch vernichten, dass man das Sowjetsystem mit Atombomben zerschlägt.

Gleich geblieben sind sich die Kommunisten in ihrer Missdeutung der sog. "nur formalen" Demokratie. Sie haben darum schon vor dreissig Jahren die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung zu boykottieren versucht, wie sie eben erst wieder auf russischen Befehl die Berliner Gemeindewahlen boykottiert haben - beide Male mit dem Erfolg, dass kein Wähler sich um ihre Parole kümmerte und sie selber bei den Wahlen einfach ausfielen. Später haben sie sich an den Wahlen beteiligt mit dem Ergebnis, dass erst Hindenburg Reichspräsident und dann Hitler Diktator wurde. Bei den Novemberwahlen 1932 erhielten die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen eineinhalb Millionen Stimmen mehr als die Nationalsozialisten, aber die Sozialdemokratie war noch immer "Hauptfeind". Zwei Monate später war Hitler Reichskanzler, und bald darauf fanden sich Sozialdemokraten und Kommunisten in seinen Konzentrationslagern wieder.

Alles namenlose Elend, das folgte, hätte dem deutschen Volk und der Welt erspart bleiben können, wenn die deutsche Arbeiterbewegung als Kämpferin für Menschlichkeit und Frieden, die sie allzeit in ihrer Geschichte war, einig geblieben wäre!

Dafür, dass die Sowjets und die ihnen ergebenen deutschen Kommunisten das Kommen Hitlers gewünscht und ihm vorgearbeitet haben, liegen erdrückende Beweise vor. Soll man daraus schliessen, dass ihnen auch die Massenmorde, der Krieg, die Zerstörung Europas, einschliesslich West-Russlands willkommen waren? Zwar findet sich ihre "bolschewistische Härte" leicht mit dem Unglück ab, das andere trifft, hier waren sie aber zum grossen Teil selber die Betroffenen. Es ist also offenbar, dass ihre Politik katastrophale Folgen hatte, die sie selber nicht vorausgesehen haben.

So findet sich die Kommunistische Partei Deutschlands an ihrem dreissigsten Geburtstag auf einem Tiefpunkt ihrer Entwicklung. In Westdeutschland hat sie als Massenpartei zu existieren aufgehört: in der Ostzone lebt sie nach erzwungener sozialdemokratischer Blutzufuhr unter falschem Namen im Schutz der russischen Bajonette. Vom hoffnungsfrohen Idealismus ihrer Begründer ist kaum mehr übrig geblieben als der starre Fanatismus einiger Unbelehrbarer und der kalte Zynismus der zahlreichen Nutzniesser. Soll man darum sagen, dass sie am Ende ist? Erfahrungen jüngster Zeit haben uns gezeigt, dass zur Enttötung oder Wiederbelebung zeitweilig erfolgreicher Massenbewegungen grosse geistige oder moralische Qualitäten nicht notwendig sind. In einer Zeit, in der die Menschen aus Not und Verzweiflung den Kopf verlieren, könnte vielleicht sogar die KPD neue Kraft gewinnen, um neues Unheil zu stiften. Eine vorausschauend mutige sozialdemokratische Politik, die das unerschütterliche Vertrauen der grossen Mehrheit des Volkes gewinnt, wird allein imstande sein, solche Gefahren der Zukunft zu bannen.

Berechtigter Menschenschmuggel

Von unseren skandinavischen Korrespondenten

K.V. Unmittelbar nach Neujahr wird die französische Zone die letzten 2 500 deutschen Flüchtlinge aus Dänemark entgegennehmen. Damit ist das lange und trübe Kapitel der deutschen Flüchtlinge in Dänemark zu Ende, ein Kapitel, das beinahe vier Jahre gedauert hat und das nicht nur eine fast unerträgliche Nervenebelastung für die Flüchtlinge selbst war, sondern auch den dänischen Behörden viel Kopfzerbrechen und große Unkosten verursacht hat. Niemand zahlt Dänemark die halbe Milliarde Kronen zurück, die der Unterhalt der Flüchtlinge gekostet hat. 500 Millionen Kronen sind keine Kleinigkeit für Dänemark. Gerechnet auf den Kopf der Bevölkerung sind das ungefähr 200 Kronen.

Über die Anzahl der deutschen Flüchtlinge in Dänemark hat man nie genaue Auskunft bekommen können. Während es 1945 hieß, daß es sich um 250 000 Deutsche handele, sprach man 1947 von 225 000 und schließlich nur noch von 200 000. In der Freude darüber, daß das Problem nunmehr gelöst ist, geben dänische Zeitungen heute ein interessantes Geheimnis preis, wodurch die variierende Angabe der Anzahl der Flüchtlinge verständlich wird.

Seit Kriegsschluß gab es, wie deutsche Zeitungen heute mitteilen, eine Art illegale Organisation, die sich recht und schlecht mit dem Schmuggel von deutschen Flüchtlingen aus Dänemark nach Deutschland beschäftigt hat. Diese Organisation wurde von zwei dänischen Militärs geleitet, dem Oberstleutnant Skoldager und dem Sergeanten Sörensen. Beide waren hervorragende Widerstandskämpfer und beide leiteten längere Zeit hindurch den Abtransport der deutschen Truppen von Dänemark zur englischen Zone.

Der Schmuggel mit Flüchtlingen ging z.T. so vor sich, daß Frauen und Kinder als Angehörige deutscher Soldaten deklariert wurden. Diese hatten von den Engländern das Recht erhalten, zusammen mit den Soldaten nach Deutschland zurückbefördert zu werden. Es wurden aber auch andere Methoden angewandt, um die Anzahl der Flüchtlinge zu reduzieren. Erst im Frühjahr 1948 war es unmöglich geworden, einen weiteren illegalen Transfer durchzuführen.

Auf dem Wege des legalen Transfers wurden 200 000, auf dem Wege des illegalen Transfers 55 000 Deutsche Flüchtlinge zurückbeschaft. Durch die letztgenannte Methode sind etwa 52 Millionen Kronen für den dänischen Staat gespart worden. Auch für die Flüchtlinge war der illegale Transfer eine große Erleichterung. Man bevorzugte dabei natürlich die Flüchtlinge, die nachweisen konnten, daß ihrer Beschäftigung bzw. ihrer Unterbringung in Deutschland keine Schwierigkeit entgegenstand.

Die dänischen Behörden haben sich nicht veranlaßt gesehen, diesen illegalen Transfer zu hindern. Er war ein Ausdruck für

die Selbsthilfe des dänischen Volkes und kam dem natürlichen Bedürfnis der Flüchtlinge entgegen, sobald wie möglich nach Hause zurückzukehren.

Es ist zu hoffen, daß aufgrund dieser offenen Darlegungen, keine Verstimmung auf Seiten der englischen Behörden entsteht, und daß sie nachträglich gute Miene zu einem Spiel machen, das gewagt wurde, um Dänemark zu helfen und auch den Flüchtlingen, die um die Jahreswende 1944/45 dorthin verschlagen wurden.

Hundhammer auf Wandels Spuren

Von Franz Albert

Wenn der bayerische Landtag in den ersten Januar-tagen in den neuen Räumen des Maximiliansreus zusammentritt, dann wird er aus dem alten Parlamentsgebäude eine Reihe von Streitigkeiten mit hinübernehmen. In der Fragestunde wird dann voraussichtlich auch die "Münchener Universitätskrise" behandelt werden.

Es scheint im politischen Leben Bayerns der CSU unmöglich geworden zu sein, irgend eine Entscheidung zu treffen, ohne dabei nicht die geradezu panische Bayernpartei-Furcht einzukalkulieren. In die Reihe dieser CSU-Entscheidungen ist ^{auch} die von Dr. Hundhammer ausgelöste Münchener Universitätskrise zu stellen. Entgegen der studentischen Satzung hat Dr. Hundhammer schon vor einiger Zeit den neugewählten ASTA der Münchener Universität selbstherrlich aufgelöst, aus ausschließlich politischen Gründen und auch ohne jede formal-rechtliche Handhabe.

Bereits im Jahre 1947 verlangte Hundhammer, daß ihm die Kandidatenliste vor der ASTA-Wahl zugeleitet werde, um eine Überprüfung vornehmen zu können. Studenten und Militärregierung lehnten dieses Ansinnen als ungeeignet entschieden ab. Abschwächend teilte dann Hundhammer im Mai 1948 mit, daß die ASTA-Wahlen unter "Verantwortlichkeit des Rektors" durchzuführen sind. Entgegen dieser Anordnung löste er trotzdem den für das Wintersemester 1948/49 gewählten ASTA auf. Die pseudo-rechtliche Handhabe bot ihm ein Schreiben des Rektors der Universität, der dem ASTA mitgeteilt hatte, daß er die Wahl trotz formaler Verstöße anerkenne.

Wenige Tage nach der Wahl war nämlich der Vorsitzende einer ganzen 60 Mann zählenden studentischen Gruppe der Bayernpartei, ein Herr Kiener, von Dr. Hundhammer empfangen worden. Er wies Dr. Hundhammer auf die "Verpreussung" des ASTA's hin (14 Bayern, 2 Flüchtlinge und 5 Nichtbayern!). Dr. Hundhammer gab ihm die Genehmigung, der Presse bekanntzugeben, daß der ASTA in den nächsten Tagen "zusgeräumt" werde.

Kurze Zeit danach war an den Universitätsmauern ein Plakat der Bayernpartei zu lesen. Wörtlich heißt es darin: "Wir wollen, daß

27.12.1948

wir Bayern in unserer Heimat die Herren bleiben und die Besetzung von Beamtenstellen, Presse und Rundfunk unveräußerliches Recht des bayerischen Volkes sind. Wir fordern, daß die bayerischen Studenten an allen Bildungsstätten Bayerns bevorzugt werden und daß die nichtbayerischen Studenten in ihrer Heimat studieren sollen".

Nach diesen Bayernpartei-Angeboten setzte sich der rechtmäßig gewählte ASFA mit der Militärregierung in Verbindung und erhielt die Auskunft, daß die Militärregierung nicht daran denke, in die studentische Selbstverwaltung einzugreifen und die Wahl anzuerkennen.

Auch Rektor Gerlach hat sich den Standpunkt der Studentenschaft zu eigen gemacht und betont, daß es hier darum gehe, die prinzipielle Frage der studentischen Selbstverwaltung durchzuführen. Neben dem Münchener ASFA hat sich der Verband Deutscher Studentenschaften in der US-Zone an den Landtag gewandt, um eine Überprüfung der Eigenmächtigkeit Kurthammers zu erbitten. Auch fast sämtliche Universitäten der britischen Zone haben durch die Sprecher der Studentenausschüsse ihre Solidarität mit den Münchener Kommittees bekundet und das Vorgehen Dr. Kurthammers in Protesttelegrammen scharf verurteilt.

- - - -

Nach der Entlassung

Über die Auswirkungen des zähen sozialdemokratischen Kampfes für die Rechte vor allem der in Rußland festgehaltenen deutscher Kriegsgefangenen in der Weltöffentlichkeit kann man sich leicht ein klares Bild verschaffen. Schwieriger ist es dagegen, Reflektionen dieses Eintretens auf die soziale und materielle Situation der eigentlichen Opfer, der Deutschen in Rußland, zu beurteilen. Es scheint jedoch so, als ob nicht nur die Kriegsgefangenen durch das Bewußtsein, in Deutschland einen furchtlosen Fürsprecher zu haben, ihre Lage leichter ertragen, sondern als ob auch diese Lage materiell durch das ständige, den Russen so unangenehme Wachhalten der Weltöffentlichkeit sich langsam verbesserte.

Wir zitieren aus Briefen heimgekehrter Kriegsgefangener an Dr. Schumacher:

Kaukasische "Abstimmung" gegen Dr. Schumacher

"Wie uns in Rußland schien, haben Sie durch Bekanntgabe und Veröffentlichung der Verhältnisse in russischen Kriegsgefangenenlagern vieles für uns getan. Dafür möchte ich Ihnen danken. Ich darf Ihnen versichern, daß wir normalen, gewöhnlichen "Plenis" begeistert waren und Hoffnung faßten, als ein Deutscher es vor der Weltöffentlichkeit wagte, die Russen ihrer Verbrechen und Handlungsweisen gegenüber den Kriegsgefangenen anzuklagen, obwohl die SMW im "Haus der Sowjet-Kultur" in Ber-

27. 12. 1948

lin und in der ostdeutschen Presse ganz andere Darstellungen geben ließ.

Sie werden mit Recht fragen, wieso wir von Ihnen überhaupt etwas erfahren konnten. Dafür sorgten aber die aufgebracht Russen durch NKWD und Propaganda selbst, vornehmlich durch Einsatz ihrerhörigen "deutschen Propaganda" in den Lagern. So wurde beispielsweise in dem Lager Krasnaja-Poljana im Kaukasus Nr. 7 148 = y von den Russen über den Aktivist und Lagerführer Blümlcke und dem Aktivältesten Ebert die Abfassung einer Resolution gegen Sie erzwungen, das heißt nach russischer Art durch indirekten Zwang. Sie hätten, wie man uns berichtete, Unwahres und Verleumderisches über unsere Behandlung berichtet. Die Art und der Text der entgegenstehenden Resolution zeigte uns aber nur zu deutlich, wie wahr Sie gesprochen hatten. Die Lagerbelegschaft wurde am Abend mit Hilfe der deutschen "Loswis" zum "Merting" zusammen getrieben und über die Resolution befragt. Wenn sich auch ein großer Teil im Schutze der Menschenmassen und der Dunkelheit dieser Form demokratischer Freiheit wieder entzog, mußte doch der Rest der Resolution begeistert zustimmen.

Stimate eivar nicht mit, so passierte ihm für den Augenblick wohl nichts, aber durch deutsche Denunziation wurde er bald als schwarzes Schaf bei ihr "Propaganda" bekannt. Wie mancher wunderte sich, warum sich trotz körperlicher Hinfälligkeit seine Heimkehr verzögerte. Durch solche Kleinigkeiten ließ sich die Erklärung geben.

Ich darf Ihnen abschließend nochmals danken und hoffen, daß Sie in Ihrer Arbeit gerade für die russischen Kriegsgefangenen nicht erlahmen. Hunderttausende werden es Ihnen danken, die sich so leicht von der Heimat vergessen glauben."

J. Kuhn-Bürger, Vekani-Güsten
i. Westf., Karlstr. 13

Das Ergebnis der Kampagne

"Ich spreche hiermit der Partei und insbesondere Dr. Schumacher unseren Dank aus für das Einsetzen für die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR. Leider erfuhren wir niemals, was für Forderungen Sie stellten. Aber aus den russischen Verleumdungen war zu schließen, daß Sie das Richtige getroffen hatten.

Von der politischen Leitung wurden Kameraden aufgefordert, Verleumdungen gegen Dr. Schumacher zu schreiben. In unserem Lager fand sich niemand dazu bereit. Zweifellos ein für uns erfreuliches Ergebnis Ihrer Kampagne war eine bessere Verpflegung, größere Freiheiten in bezug auf Selbstverwaltung, etwas bessere Bekleidung und endlich die Kenntlichmachung von Gräbern verstorbener Kameraden.

Herbert Henschke, Margarethenhof,
Krs. Segeberg (Schlesw.-Holst.)

Verantwortlich: Peter Raunau